

## Frankreich

FRANÇOISE DE LA SERRE/CHRISTIAN LEQUESNE

Die Wahltermine der Europa- und Präsidentschaftswahl haben auf die Europapolitik Frankreichs 1994 eingewirkt, ohne allerdings eine klare Position hierzu hervorzubringen. Einzig die am äußersten Rand des politischen Spektrums einzuordnenden Parteien schienen sich von dem wenig überzeugenden Konsens über die meisten großen europäischen Themen, wie die Wirtschafts- und Währungsunion, die Verteidigung und die Erweiterung der Union, entfernt zu haben.

*Die Europawahlen im Juni 1994*

Auf halbem Wege zwischen den Parlamentswahlen vom März 1993 und den Präsidentschaftswahlen im Mai 1995 boten die Europawahlen vom 12. Juni 1994 die Gelegenheit, den Anklang der politischen Parteien in der Bevölkerung aufgrund des Verhältniswahlsystems, aber auch aufgrund der Spaltung in europäischen Angelegenheiten, die Frankreich während des Referendums im September 1992 über den Vertrag von Maastricht stark geprägt hatte, zu messen.

Die Wahlbeteiligung war größer als bei den Europawahlen von 1989 (52,73% gegenüber 48,7%). Zwar signalisiert die gestiegene Wahlbeteiligung, das es gelungen ist, die französischen Bürger stärker zu mobilisieren, sie läßt jedoch nicht den Rückschluß zu, daß europäische Themen in der öffentlichen Debatte an Bedeutung gewonnen haben. Sie spiegelt vielmehr den Willen der Wählerschaft wider, die Europawahlen als Testwahl für den Ausgang der kommenden Präsidentschaftswahl zu nehmen.

Neunzehn Listen präsentierten sich im Wahlkampf, unter ihnen eine gemeinsame Liste von UDF (Union pour la Démocratie Française) – RPR (Rassemblement pour la République), angeführt vom obersten Bürgermeister von Toulouse, Dominique Baudis, und einer Liste der Sozialistischen Partei PS, angeführt vom früheren Premierminister Michel Rocard. Daneben traten die Kommunistische Partei, die rechtsextreme Front National, die vom Abgeordneten von Marseille, Bernard Tapie, angeführte Mouvement des Radicaux de Gauche sowie der vom abtrünnigen UDF (Union pour la Démocratie Française)-Abgeordneten Philippe de Villiers und dem britisch-französischen Geschäftsmann Jimmy Goldsmith gegründeten „Majorité pour l'autre Europe“ an. Letztgenannte Partei bestritt den Wahlkampf, indem sie sich eindeutig gegen den Vertrag von Maastricht aussprach und die Parole „Frankreich muß seine Souveränität zurückgewinnen“ zu ihrem Programm machte.

Die Wahlergebnisse waren für die beiden klassischen rechten und linken Parteien enttäuschend verlaufen. Mit 25,3% der Stimmen mußte die Liste UDF-RPR einen Verlust von 3% gegenüber 1989 hinnehmen, während die sozialistische Liste 9% gegenüber 1989 verlor, was für sie gleichzeitig das schlechteste Wahlergebnis seit 15 Jahren bedeutete. Michel Rocard sah sich persönlich für den Mißerfolg seiner Liste verantwortlich und trat von dem Amt des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei zurück. Im Gegensatz zu den etablierten Parteien konnten die Kommunistische Partei, die Front National, die Liste „Majorité pour l'autre l'Europe“ sowie die Linksextremen zusammengenommen einen beachtlichen Erfolg für sich erringen, indem sie 42,8% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten. In dieser Wahl, die aufgrund der begrenzten politischen Bedeutung weniger unter der Logik einer pragmatischen Stimmenabgabe stand, kann eine Protesthaltung der Wählerschaft gegen die traditionelle politische Klasse konstatiert werden. Mit Ausnahme der Liste des Links-Populisten Tapie, die während des gesamten Wahlkampfes zugunsten des Vertrages von Maastricht votierte, haben sich die anderen drei Parteien eindeutig gegen die Europäische Union (EU) ausgesprochen. Im Juli 1994 ergab eine Befragung des SOFRES über eine erneute Abstimmung des Maastrichter Vertrages eine Mehrheit für die Neinsager, die in erster Linie im rechten Wählerspektrum zu finden sind, von 57%<sup>1</sup>. Es ist somit wahrscheinlich, daß ein Teil der konservativen Wählerschaft sich eher zugunsten der Liste Villiers als für die Liste UDF-RPR entschieden hat, die von der konservativen Klientel als eine „Bastardehe“ angesehen wird, die zwischen Gegnern und Verteidigern des „Europa von Maastricht“ eingezwängt ist. Im großen Maße von den Plänen der UDF über die Einhaltung des Terminkalenders für den Übergang zur dritten Phase der WWU oder über die Ernennung eines Präsidenten des Europäischen Rates für fünf Jahre inspiriert, konnte das gemeinsame Projekt für Europa der Liste UDF-RPR, das im März 1994 präsentiert wurde, in der Tat nicht die Wählerschaft der RPR gewinnen und in einem geringeren Maße auch nicht die der UDF, welche beim Referendum im September 1992 mit nein gestimmt hatten. Die Spaltung in Sachen Europa kam letztendlich klar zum Ausdruck, als sich die Frage nach der Zugehörigkeit der 28 Abgeordneten der Liste UDF-RPR zu den politischen Parteien des Europaparlaments stellte. Während von den 14 Abgeordneten der UDF sich 13 der Europäischen Volkspartei und einer den Liberalen anschloß, entschieden sich 14 Abgeordnete der RPR für eine Zugehörigkeit zu der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten, zusammen mit den irischen Abgeordneten der Fianna Fáil, 3 portugiesischen Parlamentariern und zwei griechischen Nationalisten.

#### *Das Europathema im Präsidentschaftswahlkampf*

Die zweite Hälfte des Jahres 1994 wurde von der Vorbereitung der französischen Präsidentschaft in der EU, die in der ersten Hälfte 1995 stattfand sowie dem Beginn des Wahlkampfes um das Präsidentschaftsamt im Mai 1995 bestimmt.

Hinsichtlich der französischen Präsidentschaft in der Union hat die Regierung Balladur im November 1994<sup>2</sup> fünf Prioritäten festgehalten, die im Kontext der Kohabitation keinen Konflikt mit Präsident Mitterrand versprachen. Unter diesen befanden sich einerseits Maßnahmen, die bereits unter der belgischen und deutschen Präsidentschaft kontinuierlich weiterverfolgt wurden: Das Weißbuch der Kommission über Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung und die Fortsetzung des Projekts Europol. Andererseits wurden spezifisch französische Prioritäten, wie die Entwicklung neuer Initiativen im audiovisuellen Bereich, die Unterzeichnung des Stabilitätspaktes für Europa – ursprünglich von Premierminister Eduard Balladur initiiert – und schließlich die Verstärkung der Mittelmeerpolitik der Union mit dem Ziel eines Ausgleichs zur Osterweiterung, in das Aktionsprogramm aufgenommen.

Die Kandidaten für das Präsidentschaftsamt bezogen im Wahlkampf keine klaren Positionen zu europapolitischen Fragestellungen. Durch den Wunsch, die bei dem Referendum vom September 1992 aufgetretenen, die Wählerschaft trennenden Querelen nicht wieder auffrischen zu müssen, erweckten die Präsidentschaftskandidaten in der Tat den Eindruck, als wollten sie Europa nicht explizit zu einem Thema ihres Wahlprogramms ernennen. Insgesamt haben mehrere Faktoren diesen Wahlkampf geprägt:

1. Die Kandidatur von zwei Persönlichkeiten innerhalb der RPR: dem Premierminister Edouard Balladur und dem Präsident der Partei Jacques Chirac, die beide sowohl von Gegnern als auch von Befürwortern des Vertrages von Maastricht unterstützt wurden;
2. die verspätete Ernennung (im Februar 1995) von Lionel Jospin als Kandidat der PS, nachdem der frühere Präsident der europäischen Kommission, Jacques Delors, sich letztendlich gegen eine Kandidatur entschied;
3. die Präsenz der sich im Wahlkampf gegenseitig unterstützenden Kandidaten der extremen Rechte, Jean-Mari le Pen und des Nationalisten Philippe de Villiers, die sich beide explizit gegen den Vertrag von Maastricht stellten.

Während Balladur, Chirac und Jospin jeder für sich stets die Bedeutung der europäischen Konstruktion für die Zukunft Frankreichs betonten, kamen mit der Zeit doch einige feine Unterschiede über bestimmte Bereiche zum Vorschein:

Zum Thema WWU sprach sich Jospin für eine alsbaldige Ausgestaltung aus. Er folgte dabei den Erklärungen Balladurs zugunsten der Einhaltung des Termins 1997, während Chirac nicht zögerte zu erklären – unterstützt von seinem Verbündeten Valéry Giscard d'Estaing –, daß das Datum 1999 realistischer wäre. Chirac hat Zweifel über seine Absichten zur WWU vor allem auch innerhalb seiner eigenen politischen Wählerschaft gesät, als er am 6. November 1994 die Idee eines Referendums zum Übergang in die dritte Phase der WWU äußerte. Dieser Vorschlag – obwohl er danach nicht noch einmal wiederholt wurde – läßt sich mit dem Bemühen des Kandidaten Chirac erklären, sowohl die Befürworter einer einheitlichen Währung, wie Außenminister Alain Juppé, als auch die konsequenten Gegner dieser Perspektive, wie den Präsidenten der Nationalversammlung,

Philippe Séguin, auf seine Seite zu bringen. Der Einfluß von Séguin – er gilt als Zerstörer des Mythos eines „gemeinsamen Denkens“, das seit 1983 in Frankreich im Bereich der Geldwertstabilität und Haushaltsdisziplin vorherrschte<sup>3</sup> – zeigte sich in den Prioritäten der Wirtschaftspolitik, die Chirac für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wählte. Einige Kommentatoren äußerten Bedenken über die Kompatibilität dieses Ziels mit der im Vertrag von Maastricht fixierten Einhaltung der Konvergenzkriterien, insbesondere mit der Reduzierung des starken Haushaltsdefizits (6% im Jahre 1994). Jean-Claude Trichet, Gouverneur der durch das Gesetz vom 4. August 1993 unabhängig gewordenen Zentralbank von Frankreich, war einer derjenigen, die im April 1995 die möglichen Risiken eines Widerspruches beider Prioritäten unterstrich. Chirac antwortete ihm jedoch, daß „der Gouverneur der Bank von Frankreich nicht da ist, um der Regierung vorzuschreiben, welche Politik sie im wirtschaftlichen Bereich führen müsse“<sup>4</sup>.

Auch bezüglich der Umsetzungsmodalitäten des Schengener Abkommens kristallisierten sich unterschiedliche Positionen heraus. Obwohl das französische Parlament am 25. September 1993 einer Revision der Verfassung zustimmte, die die Kompatibilität mit den Dispositionen des Abkommens über das Asylrecht gewährleisten soll, hat die Regierung am 25. Januar 1994 der Vertagung seines Inkrafttretens zugestimmt, aufgrund mangelnden Vertrauens in die Effizienz des Informationssystems von Schengen (SIS). Der freie Personenverkehr ist ein Thema, dem sich die Regierung Balladur (und besonders der Innenminister der RPR, Charles Pasqua) nur mit Vorsicht nähern wollte, da es mit dem Problem der Einwanderung eng verbunden ist, über das sowohl Jean-Marie Le Pen als auch Philippe de Villiers während des Wahlkampfes lautstark herfielen. Das Inkrafttreten des Abkommens von Schengen am 26. März 1995 für eine Testperiode von drei Monaten inmitten des Präsidentschaftswahlkampfes ergab somit eine Gelegenheit, um die Debatte über die Kontrolle der Einwanderung wiederanzukurbeln. Einmal mehr war es Chirac, der einige widersprüchliche Positionen zu diesem Thema äußerte. Nachdem er in seiner Rede über die Außen- und Europapolitik am 16. März 1995 erklärte, daß „die Schengenabkommen zu einer Verstärkung der Einwanderungskontrolle durch eine bestmögliche Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten beitragen müssen“, zögerte er nicht im Laufe des Monats April 1995, sich über die Bedrohung der Konvention seitens der Niederlande aufzuregen, wenn diese nicht ihre liberale Gesetzgebung über die Handhabung des Rauschgifts ändere.

Weitere Differenzierungen ergaben sich im Hinblick auf die Reform der Institutionen auf der Regierungskonferenz 1996. Außer der Beziehung zwischen der WEU und der EU und den organisatorischen Fragen der „Differenzierung“ eines erweiterten Europas, wurden eine Anzahl von institutionellen Vorschlägen von den Kandidaten für das Präsidentschaftsamt unterbreitet. Unter den bedeutendsten von Balladur, Chirac und Jospin befand sich die Idee einer engeren Assoziation der nationalen Parlamente an die Kontrolle der Aktivitäten der Legislative der Union. Alle drei zogen diese Möglichkeit einer Verstärkung der Macht

des Europäischen Parlaments (EP) vor. Weitere Reformvorschläge plädierten für eine Verstärkung der intergouvernementalen Dimension der Union, die mitunter der in London befürworteten Position näher stand als das von Bonn verfochtene Konzept für die Regierungskonferenz 1996.

### *Die Erweiterungsproblematik*

Schon 1993 zeichnete sich eine gewisse Trägheit der französischen Position hinsichtlich der Erweiterungsdebatte der Union ab. Diese Tendenz setzte sich auch 1994 fort. Einerseits ergab sich die Zustimmung für eine Öffnung gegenüber den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) aus hauptsächlich politischen und sicherheitsstrategischen Gründen, andererseits aber auch, so erklärte Alain Juppé, weil, „wenn wir eine solche Entwicklung ablehnen würden, das deutsch-französische Paar dies nicht überstehen würde“<sup>5</sup>.

Was die im Jahre 1994 abgeschlossene Verhandlung mit den EFTA-Staaten anbelangt, zeigte Frankreich weiterhin eine gewisse Flexibilität in delikaten Bereichen, wie Landwirtschaft, Fischerei, der Frage nach den Haushaltsbeiträgen und auch in der Neutralitätsproblematik. Hier mußte allerdings trotz der anfänglich sehr entschlossenen und engen Haltung letztendlich auf institutionelle Reformen als Vorbedingung für die Erweiterung verzichtet werden. Angesichts der einvernehmlichen Opposition Großbritanniens und Spaniens und mangels einer definitiven Unterstützung Deutschlands hatte Frankreich keine andere Wahl, als den Kompromiß von Ioannina zu akzeptieren. Dieser verschiebt die endgültige Festlegung der qualifizierten Mehrheitsverhältnisse, die die Erweiterung berücksichtigt, auf die Regierungskonferenz von 1996.

Gegenüber den MOEL wurde die auf dem Kopenhagener Ratsgipfel begonnene Entwicklung durch die französische Unterstützung für die Strategie einer auf dem Essener Ratsgipfel näher definierten Vor-Mitgliedschaft sowie der Übertragung dieser Aufgabe an die Kommission verstärkt. Über diesen Bereich der Osterweiterung entwickelte sich eine französische Philosophie, die sich auf drei Punkte konzentriert: an erster Stelle steht eine sehr klare Antwort auf die Frage nach den Grenzen Europas. Für Paris hört die geographische Grenze von Europa an der Grenze zu der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten auf<sup>6</sup>. Das heißt, die Mitgliedschaftsperspektive betrifft über kurz oder lang die sechs mittel- und osteuropäischen Länder, die drei baltischen Länder und angesichts der Situation in Ex-Jugoslawien, Slowenien<sup>7</sup>. An zweiter Stelle steht die Idee der französischen Diplomatie, wonach die betreffenden Länder auf dem Weg zur Mitgliedschaft nach ihrem selbstaufgelegten Rhythmus den Zugang zum Binnenmarkt und danach zur Teilnahme an den gemeinsamen Politikfeldern in Etappen voranbringen sollen. Schließlich soll in dieser „Verlobungsphase“ die Entwicklung eines politischen Dialoges und die Assoziierung an die Sicherheitsorganisationen (Assoziierte Partner in der WEU) einen wesentlichen Platz einnehmen.

In diesem Kontext ist das auf Initiative Frankreichs hin formulierte Angebot an die MOEL zu sehen, im Rahmen der WEU an der Ausarbeitung des Weißbuches über die europäische Verteidigung teilzunehmen. Was das Problem der Sicherheitsgarantie gegenüber denjenigen MOEL anbelangt, die gleichzeitig Kandidaten für die EU und die NATO sind, scheint Frankreich einen Parallelismus zwischen der Erweiterung der Union, der Erweiterung der WEU und der Mitgliedschaft in der Atlantischen Allianz zu bevorzugen. Ein solcher Weg macht allerdings nach dem Willen der französischen Regierung den Abschluß einer neuen Charta zwischen Rußland und der Atlantischen Allianz notwendig, die ein klar definiertes und stabiles Beziehungsmodell im Bereich der Sicherheit etablieren soll<sup>8</sup>.

#### *Der Ausgleich gegenüber dem Süden*

Die Akzeptanz einer Erweiterung nach Osten muß gleichzeitig im Zusammenhang mit einem anderen Interesse gesehen werden, das als eines der vier Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft deklariert wurde: die Schaffung eines Ausgleichs für die Öffnung nach Osten durch eine aktive Mittelmeerpolitik, die mit bedeutenden finanziellen Mitteln ausgestattet sein soll. Auf Drängen Frankreichs wurde auf dem Europäischen Ratstreffen von Essen das Mittelmeer als „prioritäre Zone von strategischer Bedeutung“ anerkannt und für 1995 eine euro-mediterrane Konferenz einberaumt, die sich auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen konzentrieren soll, und in dieser Hinsicht von Frankreich als bedeutungsvoll angesehen wird. Für Frankreich, das in seinen Absichten von Spanien und Italien unterstützt wird, muß eine erneuerte Mittelmeerpolitik auf zwei Notwendigkeiten beruhen: ein Gegengewicht zur Erweiterung nach Norden und Osten bilden und gleichzeitig zur Stabilisierung dieser Region beitragen. Der wirtschaftliche Austausch, die Migrationsströme und der Sicherheitsaspekt erscheinen als eine derartige Herausforderung, daß sie die Union zu einem Nachdenken und einer Strategie veranlassen. Für die französische Regierung sieht diese Strategie in erster Hinsicht die Straffung der bilateralen Beziehungen mit den Mittelmeerländern nach verschiedenen Formeln vor: über kurz oder lang die Akzeptanz der Mitgliedschaft Zyperns und Maltas in der Union, den Abschluß des Zollunionprojekts mit der Türkei, die Beschleunigung der Assoziierungsverhandlungen inklusive eines politischen Dialoges zunächst mit Tunesien, Marokko und Israel. Dieser Ansatz impliziert auch die Unterstützung Frankreichs für die Vorschläge der Kommission über die substantielle Erhöhung der finanziellen Hilfe für diese Länder<sup>9</sup>.

#### *Die französischen Konzeptionen eines „differenzierten“ Europas*

Die Perspektive einer Erweiterung der Union nach Osten und Süden als auch der Termin der Regierungskonferenz 1996 haben eine Debatte über den notwendigen

Grad der Differenzierung ausgelöst, „um die Diversifizität zu organisieren und den Gigantismus zu bewältigen“<sup>10</sup>. Im Anschluß an die Vorschläge John Majors über ein flexibles Europa und der Veröffentlichung des Schäuble/Lamers-Papiers sah sich Paris veranlaßt, nun seinerseits eine französische Version der Strategie der variablen Geometrie zu verkünden. Eine europäische Architektur in konzentrischen Kreisen wurde umrißartig entworfen: ein äußerer Kreis umschließt danach die assoziierten Staaten der Union, ein weiterer Kreis umfaßt die Mitglieder der EU, und innerhalb dieses Kreises bilden sich variable Gruppierungen unter den Mitgliedstaaten, die je nach Politikbereich eine „verstärkte Solidarität“ organisieren<sup>11</sup>. Hinter diesen Vorschlägen steckt im Prinzip die gleiche Philosophie wie hinter dem Schäuble/Lamers-Papiers, da Übereinstimmung darin besteht, den Rhythmus und den Umfang der Integration nicht von denjenigen bestimmen zu lassen, die sich nicht stärker engagieren wollen oder können. Allerdings lehnt Frankreich das Konzept eines einzigen zentralen Kerns ab, der sich durch die Teilnahme an der WWU bilden soll. Frankreich ist der Meinung, daß die Staaten, die nicht an der dritten Phase der WWU teilnehmen – wie Großbritannien oder Italien – trotzdem genauso gut an einer verstärkten Kooperation, zum Beispiel im Bereich der Verteidigung, teilnehmen können. Auch versteht es sich von selbst, daß in diesem Schema Frankreich mit Deutschland zusammen, von verstärkten Solidaritäten profitieren wird, die sich innerhalb des ersten Kreises bilden könnten.

Man muß jedoch betonen, daß die Debatte unter den Präsidentschaftskandidaten nicht die fundamentalen Fragen beinhaltete, die sich im Hinblick auf ein differenziertes Europa ergeben: Wieviel harte Kerne mit welchen Teilnahme-kriterien und mit welchen institutionellen Entsprechungen sollen entstehen? Einzig Giscard d'Estaing und Delors haben sich in diese Problematik hineingewagt. Der frühere Präsident der Republik hat ein Modell entwickelt, das ein „Europa des Raumes“ (das vom existierenden institutionellen System geführt werden würde) von einem „Europa der Stärke“ unterscheidet, welches mit der Teilnahme an der WWU föderative institutionelle Strukturen annehmen würde<sup>12</sup>. Delors hat seinerseits ebenfalls die Möglichkeit von zwei unterschiedlichen institutionellen Strukturen für das Funktionieren eines differenzierten Europas in Erwägung gezogen, die untereinander kompatibel sein müßten<sup>13</sup>.

#### *Außen- und Verteidigungspolitik*

Aufgrund des Krieges in Jugoslawien und den Schlichtungsversuchen im Rahmen der Kontaktgruppe wurde der Friedensplan für Bosnien sowie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eher kritisch eingeschätzt<sup>14</sup>. Obgleich der Wunsch nach Abhilfe der identifizierten Mängel (besonders hinsichtlich des Vorschlags- und Entscheidungsfindungssystems) an die Regierungskonferenz herangetragen wurde, so ist es besonders der Bereich der europäischen Verteidigung, in welchem Frankreich Vorschläge formuliert hat. So müsse die

Union über eine militärische Kapazität verfügen, die sowohl zur Unterstützung ihrer politischen Initiativen als auch zum Ausdruck ihres Willens dient, die WEU als „bewaffneten Arm“ der Union und als Säule der Atlantischen Allianz auszubauen. Dies würde bedeuten, daß die WEU mit Mitteln ausgestattet werden muß, die ihre Missionen effektiv und autonom machen. Die französische Regierung mißt sowohl der Verstärkung der operationellen Kapazitäten der WEU (besonders durch die Bildung multinationaler Truppen) als auch der Möglichkeit, unter dem Kommando der WEU bestimmte Mittel der Atlantischen Allianz zu benutzen, große Bedeutung bei. In diesem Sinne strebt sie die Verwirklichung des Konzepts der kombinierten Alliierten Streitkräfte (Combined Joint Task Forces – CJTF), das im Januar 1994 im Rahmen des Atlantischen Gipfels entworfen wurde, an<sup>15</sup>.

### Anmerkungen

Übersetzt aus dem Französischen von Melanie Morisse, Forschungsgruppe Europa, Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München.

- 1 Vgl. Jaffré, Jérôme: Les trois ruptures des élections européennes, in: Pouvoir 71 (1994), S. 143.
- 2 Vgl. Doutriaux, Yves/Lequesne, Christian: Les institutions de l'Union Européenne, Paris 1995, S. 11.
- 3 Vgl. das Interview mit Philippe Seguin in Le Figaro v. 7. 12. 1994.
- 4 Agence Europe v. 20. 4. 1995.
- 5 Alain Juppé in der Europadebatte der Nationalversammlung am 14. 6. 1994, in: Bulletin d'information du ministère des Affaires étrangères.
- 6 Vgl. Alain Lamassoure, Minister für europäische Angelegenheiten, in einer Rede vor dem Europakolleg (Natolin) am 25. 11. 1994.
- 7 Vgl. Alain Juppé in einer Rede v. 14. 6. 1994.
- 8 Vgl. Alain Juppé: „Quel horizon pour la politique étrangère de la France?“ Rede anlässlich des 20. Geburtstages des Centre d'Analyse et de Prévision des Außenministeriums am 30. 1. 1995.
- 9 Vgl. Alain Juppé; Antwort auf eine aktuelle Frage in der Nationalversammlung v. 21. 12. 1994.
- 10 Edouard Balladur: Pour un nouveau traité de l'Elysée, in: Le Monde v. 30. 11. 1994.
- 11 Alain Juppé: Repenser l'Europe, in: Le Monde v. 18. 11. 1994.
- 12 Vgl. Valléry Giscard d'Estaing: manifeste pour une nouvelle Union fédérative de l'Europe, in: Le Figaro v. 11. 1. 1995.
- 13 Vgl. Interview mit Jacques Delors in der Tribune Desfossés.
- 14 S. den Artikel des Ministers für Europäische Angelegenheiten, Alain Lamassoure: Le jeu à quinze, in: Politique internationale v. 1. 2. 1995.
- 15 Vgl. die Rede von Alain Juppé auf der Wehrkundetagung in München am 4. 2. 1995.

### Weiterführende Literatur

de La Serre, Françoise/Wallace, Helen: Les relations franco-britanniques dans l'Europe de l'après guerre-froide, Paris 1995.

de La Serre, Françoise/Lequesne, Christian/Rupnik, Jacques: L'Union européenne: ouverture à l'Est?, Paris 1994.